

Ständige Volksberatungsstellen

Von Dr. Eduard Moraw, Wien.

Vor kurzem ist der Wiener Universitätsprofessor Dr. Robert Stigler mit einem Vorschlage zur Schaffung ständiger Volksberatungsstellen in die Öffentlichkeit getreten, der allgemeine Beachtung verdient. Sein Gedankengang ist folgender: Derzeit obliegt die Lösung der Staatsfragen der Regierung und der Volksvertretung, welche letztere die einzige verfassungsmäßige Verbindung zwischen Volk und Regierung darstellt; und doch wäre eine Teilnahme des ganzen Volkes an der Entwicklung des Staatslebens wertvoll. Einem Staatsbürger, der nicht Berufspolitiker ist, ist es nicht möglich, seine das Gemeinwohl betreffenden Ansichten und Vorschläge der Regierung zur Kenntnis zu bringen oder über Vorgänge, welche die Öffentlichkeit angehen, von Staats wegen Aufklärung zu erhalten. Darin liegt ein Mangel unserer Einrichtungen, welcher zur Folge hat, daß einerseits vielleicht recht wertvolle Gedankenarbeit aus der Mitte des Volkes nicht zur Kenntnis der Staatsleitung gelangt und für das allgemeine Wohl verloren geht und andererseits die leitenden Kreise die jeweiligen Anschauungen und Bedürfnisse der Volksschichten nicht rechtzeitig kennen lernen, sondern erst dann, wenn sie sich mit elementarer Gewalt bahnbrechen. Die Kenntnis der Volksmeinung, wie sie wirklich ist, erscheint für die Regierung aus zwei Gründen wichtig: vor allem, weil sie rechtzeitig die Lösung wirtschaftlicher und politischer Fragen anregen hilft und ferner, weil die Vernachlässigung des Volkswillens gerade in unruhigen und Uebergangszeiten kritische Folgen nach sich ziehen kann.

Den geschilderten Mangel zu beheben, schlägt Prof. Dr. Stigler die Schaffung ständiger Volksberatungsausschüsse vor, welche aus Volksräten und einer hinlänglich großen Zahl diesen untergeordneten Hilfsräten (Experten) als sachkundigen Vertretern der hauptsächlichsten Berufs-klassen bestehen sollen. Diese nach Bezirken geschaffenen Volksberatungsstellen hätten einerseits die Aufgabe, Anregungen, die das öffentliche Wohl betreffen, aus den verschiedenen Bevölkerungsschichten und Berufs-klassen entgegenzunehmen, zu prüfen, zu verarbeiten und das Brauchbare der Regierung zu unterbreiten und andererseits politische und wirtschaftliche Anfragen entgegenkommend zu beantworten und dadurch aufklärend und beruhigend auf die Bevölkerung zu wirken. Millionen kritisieren die öffentlichen Vorgänge häufig ungünstig und sind verbittert, weil ihnen die Einsicht über die Beweggründe und über die Unzulänglichkeit der Wege und Mittel fehlt. Gar mancher Reim zum stillen Groll gegen die Staatsgewalt würde durch die vorgenannte Aufklärung beseitigt werden.

Bei der bisherigen Gepflogenheit kann der Staatsbürger gesetzmäßig nur bei den Wahlen für die Öffentlichkeit etwas leisten und steht ihr sonst vielfach teilnahmslos gegenüber. Das Interesse an der Gesamtheit kann nur dadurch verallgemeinert und vertieft werden, daß jedem, der sich berufen fühlt, die Möglichkeit gegeben werde, an den öffentlichen Angelegenheiten tätigen Anteil zu nehmen. Der bisherigen kritischen Verneinung positive Arbeit entgegenzusetzen, erzeugt Verantwortungsgefühl und hebt das Pflichtbewußtsein. Besonders in Zeiten der Not, wie wir sie jetzt durchhalten müssen, kann eine Regierung, bezw. die Staatsgewalt nicht fest genug im Herzen des Volkes wurzeln. Jeder Beitrag zur Hebung des Volkswohles fördert den Staat und ist ein Geschenk, das in der Hand kundiger Staatslenker goldene Früchte tragen kann.

Die bisher übliche, nur kritisierende Betätigung der Bevölkerungskreise fördert durchaus nicht das Staatsinteresse, sondern wirkt ihm vielfach entgegen. Was einer abfällig beurteilen kann, achtet er auch nicht. Dieser Umstand führt immer mehr zur Entfremdung zwischen Staatsregierung und Volk und es wird für die Regierenden immer schwieriger, den Staat zu lenken und auf Verständnis zu stoßen.

Wenn auch vieles von dem, was im Volke erwogen wird, sich als unbrauchbar erweist, so gibt es doch eine erhebliche Anzahl uneigennütziger, tüchtiger Männer des Wissens und der Arbeit, die mit sicherem Blick das Richtige treffen. Wäre eine Stelle vorhanden, von welcher solche Anregungen und Vorschläge entgegengenommen, sachmännisch und unvoreingenommen beurteilt und gegebenenfalls weitergeleitet werden könnten, so würde dem Staate eine Anzahl freiwilliger Helfer erstehen, deren nutzbringende Arbeit der Allgemeinheit zugute käme.

Daß die Verwirklichung der vorgeschlagenen Anregung einer gründlichen Ueberlegung bedarf und daß sich ihr als einer ganz neuen, im edelsten Sinne des Wortes demokratischen, d. i. vollstümlichen Einrichtung nicht unerhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen werden, ist vorauszusehen. Jedenfalls bedürfen die Volksberatungsstellen auch einer zusammenfassenden Oberleitung, einer Oberbehörde. Und da erscheint mir das durch den weisen Ratschluß Seiner Majestät unseres Kaisers bald ins Leben tretende Ministerium für soziale Fürsorge als die geeignetste Stelle. Gerade weil dieses Staatsamt neu geschaffen wird, könnte es sich diese neue Einrichtung am besten angliedern. Die Volkswohlfahrt ist kein Politikum; sie steht über den Parteien. Darum muß die Forderung Prof. Dr. Stiglers Grundsatz sein, daß jede Parteipolitik von den Volksberatungsstellen bedingungslos auszuschließen wäre. Weiters ist klar, daß zu Volksräten nur unabhängige Männer — hinsichtlich der Frauenfragen auch Frauen — auszuwählen sind, die tadellosen Charakter mit Intelligenz und Bildung verbinden.

Alle diejenigen, die von der Notwendigkeit und Bedeutung der Volksberatungsstellen überzeugt sind, werden ersucht, sich bei dem Anreger dieses Vorschlages schriftlich zu melden und ihm ihre guten Dienste anzutragen. Es soll vorerst eine private Vereinigung zur Schaffung ständiger Volksberatungsstellen ins Leben gerufen werden, der es obliegen wird, in Wort und Schrift, mit Rat und Tat für die zeitgerechte, gute Sache einzutreten. Im Sinne der Anregung wäre es auch gelegen, wenn der Aufforderung Prof. Dr. Stiglers, einen förderlichen Gedankenaustausch über diesen Gegenstand zu pflegen, recht bald und eifrig Folge geleistet würde, wobei sich unsere Tagespresse ein großes Verdienst erwerben würde, wenn sie sich dieser Aussprache zur Verfügung stellte.